

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 121 (1995)
Heft: 41

Artikel: Die Privatisierung der Bundeswehr
Autor: Feldman, Frank
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-610740>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus dem Berliner Express und Tagesbote:

«Die Bundeswehr soll nach dem Dualen System finanziert werden. Das heisst: Sie bekommt von zwei Seiten Geld – einmal von den sie anfordernden Ministerien und Kommunen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit; das bedeutet: Wer rund um die Uhr Wache schiebt, den Bürger möglicherweise vor einer untätigen Polizei schützt, dem zahlen die Kommunen und Ministerien den Tagessatz. Darin ist alles enthalten: Bereitstellung der Waffen, Verpflegung und Unterbringung, Sterbegeld. Je länger die Soldaten Dienst versehen, desto lukrativer und kostengünstiger für die Bundeswehr. Zum anderen zahlt die UNO. Sie fordert Soldaten der Bundeswehr in Bataillonsstärke an und sorgt mit ihren Zahlungen für die Neuanschaffung von leichten und mittelschweren Waffen. Das Duale Wehr- und Gewinn-System dürfte aber über kurz oder lang zur Verschwendung verführen, und die wird grenzenlos

sein. Man wird versucht sein, die UN zu überreden, in Konflikte einzugreifen, um die Kostendeckung der Divisionen zu garantieren. Und die Generalität, von parasitärer Geschäftemacherei bisher verschont, wird die Überschüsse in dunkle Kanäle lenken. Sehr viele Menschen, die heute in friedlicher Koexistenz mit einem schlechten Gewissen leben, werden ein noch schlechteres haben. Aus Generälen werden Millionäre. Ist das der Zug der Zeit?»

Im Münchner Sonderkurier lesen wir:

«Es war an der Zeit, auch die Bundeswehr einer marktwirtschaftlichen Disziplinierung zu unterziehen. Wir zitieren zwar nicht gern den alten Besserwisser Kurt Tucholsky, aber er hatte schon recht, als er mit der Meinung heraussprach, dass Kanonen im Frieden plump aussehen und ein alter Kanonier sich besser nicht in Friedenszeiten beklagen soll, wenn ihn die Leute immerfort anstarren. Wenn die Leute aber wissen, dass

unsere Bundeswehr ihr Geld mit friedenssichernden Aufgaben in aller Welt verdient, werden sie Soldaten nicht nur mit geldblankem Unverstand anstarren, sondern sie als Wirtschaftspartner hoch einschätzen. Die Mietzahlungen für eine Division könnten über drei Monate eine halbe Milliarde einbringen, mit Waffeneinsatz gut das Doppelte. Warum sollen wir es den Schweizern überlassen, den Papst zu beschützen. Wir könnten mit farbenprächtigen Spektakeln Staatschefs in aller Welt unsere Dienste anbieten.»

Die Frankfurter Depesche führte aus:

«Wir haben keine Wahl. Auch der Bundeskanzler hat die Notwendigkeit einer gewinnmaximierenden Neuorientierung der Bundeswehr erst kürzlich unterstrichen, als er über neue Beschäftigungs- und Absatzchancen sprach. Das deutsche Lebensinteresse fordert die immer engere Verklammerung seiner Wirtschaft, seiner Politik und seiner Sicherheit mit

bald 200 Staaten auf dem Globus. Da bietet sich unsere Bundeswehr geradezu an, um mit der Verklammerung den ihr sinnstiftenden Daseinsgrund zu geben. Dass unsere Soldaten mit ihrem Einsatz Geld verdienen können, um unsere Wirtschaft zu stärken, ist nicht unehrenhaft. Im Gegenteil. Sie werden ihren Beitrag leisten, um zahllosen Konflikten entgegenzuwirken, die, wenn man sie nicht bremst, auch ein scheinbar gesichertes Europa in den Abgrund schleudern könnten. Die Unvernunft hat ihre eigenen Gründe und unendlich viel Geduld. Man werfe uns nicht das Argument ins Gesicht, Europa taue nicht das Papier, auf dem die Sicherheitsverträge stehen, da es nicht in der Lage sei, Schlichtereien in fernen Ländern, die uns mittelbar tangieren, zu beenden. Wozu haben wir eine Bundeswehr, von der wir gut und gern 200 000 Mann für Out-of-area-Einsätze freigeben könnten? Gut 20 Milliarden könnten wir mit taktisch geschickt operierenden Einsatzaufträgen verdienen.

Aus einem Leitartikel im Hamburger Telegraf zitieren wir:

«Knapp fünf Jahre nach der Wende in Europa ist nicht zu übersehen, dass die meisten Erwartungen an die freie Marktwirtschaft enttäuscht wurden. Und vor fünf Jahren hat noch keiner in Bonn daran gedacht, die Bundeswehr gleichsam von der Stange weg nach dem Prinzip Kostendeckungs-Plus zu vermarkten – ein hässliches Wort gewiss. Wir sollten es mit dem handsameren Begriff Verleih-für-den-Frieden ersetzen. Militär kostet nun mal Geld, und wir leben mit ihm über unsere Verhältnisse. Gewiss, Geld ist ein Übel, das wir unentwegt loswerden wollen. Nun endlich können wir Soldaten gegen Geld loswerden und damit ein Übel verkleinern. Es war längst an der Zeit, privatwirtschaftliche Massstäbe an

die künftige Verwendung von 340 000 Mann anzulegen. Zu lange schon laufen wir den Kosten nach, die uns diese Stärke verursacht, es ist an der Zeit, den möglichen Gewinnen, die wir mit ihnen machen können, entgegenzugehen.»

Das Kölner Echo schreibt:

«Mögen andere über unsere zukünftige Esperanto-Armee spotten, die sowohl in einem durchrassten Europa wie in anderen Erdteilen gegen klingende Münze ihren Dienst versieht. Die privatisierte Bundeswehr wäre nicht der bleiche Erbe der stolzen Wehrmacht unseligen Nazi Gedenkens. Und sie ist auch nicht der Garant eines blanken Illusionismus, in keiner verlässlichen Wirklichkeit angesiedelt. Unsere Bundeswehr läuft keinem verrückten Trommler

in der Heimat nach. Sie ist ein Glücksfall, ein Ordnungsfaktor, der auf Abruf dem Land Devisen einbringt.»

Die in Leipzig erscheinende Tagesrevue leitartikelte:

Mehr als ein Problem brennt der Nation auf den Nägeln: die 17 Millionen Arbeitslosen, die wachsende Gleichgültigkeit gegenüber Europa, der unsanfte Fall aus dem Schlaraffenland alte Bundesrepublik, die plattgewalzten Visionen sozialen Friedens, die keinen Raum für grosse Ideen lassen, die Rückkehr nationalstaatlichen Denkens alter Prägung, der kräftige, von vielen Politikern verstärkte Rückenwind, der rechtsnationalen und extremen Strömungen Zulauf verschafft, der ins Megagigantische gestiegene Schuldenberg – mit derlei Bedrängnissen sucht der Bürger nach Prügelknaben. Die algedienten Amtsdemokraten ducken weg, verdrängen, verschweigen, greifen nach Patentrezepten und populistischen Formeln. Die Privatisierung der Bundeswehr scheint so eine zu sein.

Den Steuerzahler kostet sie 60 Milliarden und mehr jährlich. Als Generalstündenbock hat diese Bundeswehr nie einen Platz in den Maulereien der Sparkommissare gehabt. Doch selbst jenen Ewiggestrigen, die auf sie von früh bis spät die Litanei Vaterland skandieren, ist der Gedanke einer Teilprivatisierung unserer Bundeswehr nicht ganz abwegig. Und in der Tat: Warum sollen wir unsere Soldaten nicht an die UN und zahlungswillige Staaten auf Zeit abgeben? Wenn ein demokratisch legitimierter Staatschef von seinem Militär gestürzt wird und die USA – wie gehabt – sich unwillens zeigt, ihn in seine Rechte wieder einzusetzen, warum sollte die Bundeswehr für ein solch gutes und gerechtes Werk nicht einspringen? Es mag auf den ersten Blick finanziell uninteressant sein, und es kann sich auch nicht rechnen, denn der wiedereingesetzte Staatschef wird gar nicht in der Lage sein, diesen Dienst im Auftrag demokratischer Wiedergutmachung zu entgelten, aber auf längere Sicht gesehen, kann sich die Bundeswehr von der mit Aufträgen des wiedereingesetzten Staatschefs versorgten Industrie ihre eigenen Ausgaben mit erklecklichem Gewinn wiederholen.» □

Die Privatisierung der Bundeswehr

Nach erfolgreichem Abschluss der Privatisierung des alten Staatsdinosauriers Post wird der Ruf nach einer marktorientierten Privatisierung der Bundeswehr nicht mehr zu unterdrücken sein. Nachstehend einige zu erwartende Pressekommentare – gesammelt und abgeheftet von Frank Feldman

